

Entsprechend TOP 1 wurde über die TOPs

TOP 5

Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchungen und Planungen zur Klimawandelfolgenanpassung. Bericht durch beauftragtes Büro.

(DS-Nr. 21/0242, Vorlage der Verwaltung)

und

TOP 12.1.1

Sankt Augustin wird klimaneutral

(DS-Nr. 21/0272, gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP)

zusammen zu beraten.

Herr Jung von der EnergieEffizienz GmbH stellte anhand einer Powerpointpräsentation die Ergebnisse des Klimaschutzteilkonzeptes - Klimawandelfolgenanpassung für die Stadt Sankt Augustin - vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss daran stellte er sich den Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Schütze (FDP-Fraktion) fragte nach dem Zeithorizont für die Umsetzung des Maßnahmenkataloges.

Herr Jung erläuterte, dass dies von Maßnahme zu Maßnahme unterschiedlich ist.

Es gebe Maßnahmen, die sich kurzfristig umsetzen lassen, aber auch Maßnahmen, die einen längeren Prozess darstellen oder verstetigt werden müssen, z. B. die interkommunale Zusammenarbeit.

Die Umsetzungshorizonte seien in den einzelnen Steckbriefen definiert.

Auf Frage von Frau Spankus (SPD-Fraktion) erläuterte Herr Jung, nicht pauschal sagen zu können, inwieweit sich das Sankt Augustiner Konzept von anderen Städten unterscheidet. Es sei immer sehr spezifisch, wenn es ausgearbeitet wird.

Herr Puffe (CDU-Fraktion) beschrieb die Häufung von Hitzeperioden, Starkregenereignissen und tropischen Nächten. Er bat darum, die Präsentation heute zur Kenntnis zu nehmen, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Vorschlags zur Umsetzung möglicher Maßnahmen zu beauftragen und diese dem Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung noch einmal vorzustellen, so dass man sich dann inhaltlich auch damit auseinandersetzen könne.

Herr Pätzold (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) beschrieb die Veränderung des Weltklimas: Polkappen und Gletscher schmelzen. In manchen Landstrichen wird das

Wasser knapp. Das Spektrum der Tier- und Pflanzenarten verändert sich weltweit. Diese Veränderungen seien auch hier bereits zu bemerken gewesen, als es letzten Sommer so warm war, dass man nachts nicht schlafen konnte.

Im Zusammenhang mit der Covid19-Pandemie seien Graphiken mit Sterblichkeitszahlen im Jahresverlauf veröffentlicht worden, um darzustellen, wie die Infektionszahlen mit der Sterblichkeit zusammenhängen.

Auf diesen Graphiken sei im letzten Sommer ein Peak gewesen, der nichts mit den Infektionszahlen, die zu dem Zeitpunkt sehr niedrig gewesen seien, zu tun gehabt habe. Dieser Peak sei zeitlich übereinstimmend mit der Hitzewelle, die es im vergangenen Sommer gab. Man sehe, am Klimawandel sterben auch hier in Deutschland Menschen. Deswegen sei es sehr wichtig, die vorgestellten Maßnahmen näher zu betrachten, um dann darüber zu beraten und zu entscheiden.

Die Auswirkungen des Temperaturanstiegs müssten auch hier, in Sankt Augustin, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gemildert werden.

Es sei nicht damit getan, nur die Symptome anzugehen, sondern man müsse auch die Ursachen angehen.

Ihm sei natürlich klar, dass man hier in Sankt Augustin nicht das Weltklima rette, aber jeder sei gehalten, auf jeder Ebene seinen Beitrag dazu zu leisten, dass die Temperaturanstiege so gering wie möglich ausfallen. Man werde es in den nächsten Jahren nicht vollständig stoppen können. Aber je später man damit beginne, desto schlimmer, schwieriger und teurer werde es.

Daher sei es wichtig, das Thema zügig anzugehen.

Es gehe zunächst darum, auch für die Klimaneutralität nicht nur die einzelnen Maßnahmen zu bestimmen, sondern darum, dass die Verwaltung aufzeigt, was notwendig ist, diese Zielvorschläge zu erreichen.

Ähnlich wie bei den Klimawandelvorsorgeanpassungsmaßnahmen gehe es auch darum, eine Aufstellung darüber zu brauchen, was tatsächlich notwendig ist, um diese Ziele zu erreichen. Dann könne man entscheiden, wie damit konkret umzugehen ist. Über manche erforderlichen Maßnahmen gebe es schon konkrete Überlegungen, die in Teilen bereits umgesetzt werden, z. B. Mobilitätskonzept. Aber das seien Einzelmaßnahmen, die man im Gesamtbild zusammentragen und –sehen müsse.

Herr Köhler (Fraktion Aufbruch!) fragte nach einem Prioritätenkatalog, der nach einer Kombination von Aspekten aufgestellt werden kann. Zum einen müsse danach priorisieren werden, womit am schnellsten die größte Wirkung in verschiedenen Bereichen erzielt wird. Außerdem müsse man natürlich auch die Finanzen im Auge haben und zusehen, dass nicht Geld an der falschen Stelle mit zunächst mal relativ geringer Wirkung ausgegeben wird.

Man müsse jetzt konsequent daran gehen, denn es werde eine Daueraufgabe und eine Aufgabe der dauerhaften Anpassung und Nachjustieren an den Stellschrauben.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) fragte, wie jetzt mit dieser Erkenntnis so umgegangen wird, dass es auch zu einer Umsetzung kommt. Die Mitarbeiter der Verwaltung müssten die Lage versetzt werden, dieses umzusetzen. Das sei das Entscheidende. Die Kosten dürften aber kein Totschlagargument sein.

Viel wichtiger sei, wie die Verwaltung das alles hinbekommen kann, inklusive dem laufenden Geschäft, bei dem alle erwarten, dass das zeitnah abgearbeitet wird.

Herr Gleß erläuterte zur Vorlage der Verwaltung:

Der Beschlussvorschlag laute, dass die Kurzfassung des Konzepts zur Kenntnis genommen wird. Anschließend solle die Verwaltung im 2. Teil des Beschlussvorschlages mit den Maßnahmen, die in diesem Konzept vorgeschlagen werden, einen Fahrplan erstellen und diesen Fahrplan dann in einer der nächsten Sitzungen vorstellen.

Es sei bekannt, dass es seit Jahren einen ausgeprägten Paradigmenwechsel gibt, was auch ein Umstellen der Verwaltungsarbeit beinhaltet: Einstellen einer Mobilitätsbeauftragten und einer Klimaschutzmanagerin, Einrichtung eines Mobilitätsausschusses.

Der vorgelegte Antrag und die Verwaltungsvorlage machten erforderlich, auch innerhalb der Verwaltung die Arbeit umzustrukturieren und die Frage zu beantworten, ob auch zusätzliches bzw. anderes Personal benötigt wird.

Das sei auch bedeutend für den nächsten Haushalt.

Mit dem vorgelegten Konzept würde es gelingen, eine sog. Resilienzmanagerin einzustellen, deren Personalkosten wiederum auch gefördert werden.

Das würde er gerne tun, denn es sei festgestellt worden, dass man den Paradigmenwechsel mit dem vorhandenen Personal und den auf das Personal zugeschnittenen Aufgabengebieten (Stellenbeschreibungen, Aufgabengliederungsplan etc.) nicht vollziehen könne.

Es müsse sich innerhalb der Verwaltung etwas tun, sonst könne er nicht garantieren, dass man tatsächlich dazu kommt, die Maßnahmenpakete aus dem vorgestellten Konzept umzusetzen und den Antrag so umzusetzen, wie er dort zu lesen ist.

Paradigmenwechsel bedeute nicht nur einen inhaltlichen Umschwung, sondern auch eine Umstrukturierung innerhalb der Verwaltung.

Ein Vergleich von Sankt Augustin mit einer anderen Stadt im RSK laufe fehl. Sankt Augustin habe 34 qm Fläche und Siegburg 23 qm. Sankt Augustin sei mit 1600 Einwohnern je qm die am meisten verdichtete Stadt im RSK. Hoher Verdichtungsgrad, hohe Einwohnerzahl und kleines Stadtgebiet bedeute geringere Klimaresilienz als beispielsweise Windeck oder Hennef.

Der Prozess werde dauerhaft sein, denn jedes Mal, wenn eine Bauleitplanung angepackt wird, seien die Themen „Klimaresilienz“ und „Klimawandelfolgenanpassung“ gefragt.

Möglicherweise müssten auch die alten B-Pläne angepasst werden.

Auch die Themen „Nachbegrünung“ und „Straßenausbau“ seien Dauerthemen. Das müsse an die Bürgerschaft herangetragen werden.

In seiner Funktion als Vorstandsvorsteher des Wasserverbandes habe er für die im Wasserverband organisierten Kommunen eine Sondersitzung einberufen. Ziel sei, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ein Kommuniké für mehr Klimaschutz in den Städten zu erstellen.

In den letzten zwei Wochen (*Stand 23.6.2021*) habe es zwei Starkregenereignisse gegeben. Teile von Hennef seien doppelt betroffen gewesen.

Als Vorstandsvorsteher müsse er erklären, wie wichtig die Themen „Klimaschutz“ und „Klimaresilienz“ sind.

Der Vorsitzende schlug vor, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu TOP 5 abzustimmen.

Herr Knülle (SPD-Fraktion) stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, sofort über den vorliegenden gemeinsamen Antrag der Kooperation aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP (Kooperation), TOP 12.1.1, abzustimmen.

Nach einer teils kontroversen Diskussion über die weitere Verfahrensweise, an der sich Herr Puffe, Herr Schütze, der Vorsitzende, Herr Knülle, Herr Pätzold und Frau Feld-Wielpütz beteiligten, bat Herr Pätzold um 19:20 Uhr um Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung von 19:20 Uhr bis 19:25 Uhr.

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung schlug Herr Knülle vor, dem Beratungsbedarf der CDU-Fraktion entgegen zu kommen. Jede Fraktion solle die Zeit haben, über ihre Argumente und das, was sie heute gehört hat, noch mal nachdenken zu können.

Die Kooperation schlage vor, ihren Antrag in die kommende Ratssitzung nächste Woche (1.7.21) zu vertagen, um der CDU-Fraktion die Möglichkeit zu geben, sich bis dahin noch mal den Fragen zu stellen, in der Fraktion zu beraten und den Beratungsbedarf dann aufklären zu können. Das wäre dann ein Verweisungsbeschluss in den Rat auf den 01.07.2021 zu TOP 12.1.1

Frau Feld-Wielpütz bat die die Verwaltung, so schnell wie möglich die von der CDU-Fraktion zum Antrag der Kooperation gestellten Fragen zu beantworten und in die Fraktionen zu geben.

Der Vorsitzende ließ über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu TOP 5 mit der Ergänzung abstimmen, dass die Ausarbeitung der Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt wird.

Der Beschlussvorschlag lautet also wie folgt:

Der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung nimmt den Bericht über die Ergebnisse des erstellten Klimawandelfolgeanpassungskonzepts zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Fahrplans zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die Ausarbeitung der Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung vorgestellt.

- einstimmig

Anschließend ließ er über den Antrag zu TOP 12.1.1 „Sankt Augustin wird klimaneutral“
– Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, DS-Nr.
21/0272 - auf Verweisung an den Rat abstimmen:

- **einstimmig**

Damit wurde die Angelegenheit an den Rat verwiesen.